

/// Say YES or NO!

DER WEG GROSSBRITANNIENS – MIT ODER OHNE EUROPÄISCHE UNION?

GISELA STUART /// geboren im niederbayerischen Velden, verließ 1974 nach einer Buchhändlerlehre Deutschland, um in England zu arbeiten. Später studierte sie dort Betriebswirtschaftslehre und Rechtswissenschaften. In Großbritannien wurde sie zu einer erfolgreichen Politikerin der britischen Labour Partei, für die sie erstmals 1997 im Wahlbezirk Birmingham Edgbaston den Sitz im Unterhaus gewann. Das Mandat verteidigt sie bis zum heutigen Tag. Im Interview spricht sie über das Verhältnis Großbritanniens zu Europa und die Sicht der Briten auf das geplante Referendum zum Verbleib des Vereinigten Königreichs in der EU. Die derzeitige Entwicklung der Flüchtlingskrise wird hierfür nicht unerheblich sein.

Politische Studien: Frau Stuart, bereits im Vorfeld der Parlamentswahlen 2015 hatte der britische Premierminister David Cameron die Abhaltung der schon lange diskutierten Volksabstimmung über den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU angekündigt. Diese Aussage war einerseits dadurch motiviert, die Euroskeptiker innerhalb der Tories zu befriedigen und ein Abwandern von Wählern zur rechtspopulistischen UKIP zu verhindern. Andererseits diente sie aber auch der taktischen Überlegung, die EU mit einem möglichen Ausstiegsszenario des Vereinigten Königreichs zu veranlassen, weiteren Privilegien Großbritanniens sowie einer Änderung der Verträge zuzustimmen. Der Plan scheint aufgegangen zu sein, die Konservativen haben die Labour Partei, der auch Sie angehören, überholt. Sie selbst stehen dem Verbleib Großbritanni-

ens in der EU, im Gegensatz zu der allgemeinen Parteilinie, eher kritisch gegenüber. Wie sehen Sie diesen Sieg?

Gisela Stuart: Die parlamentarische Dynamik in Großbritannien hat sich in den letzten Wochen sehr geändert. Zum ersten Mal hat die Labour Partei einen Parteiführer, der erhebliche Skepsis gegenüber der EU an den Tag legt. Noch bis zur Wahl standen trotz des Sieges Camerons die Tendenzen durchaus für ein Abstimmungsergebnis, das einen Verbleib in der EU favorisierte. Durch die aktuelle Flüchtlingssituation kann der Ausgang dieser Befragung überhaupt nicht mehr vorher gesagt werden. Es vollzieht sich derzeit in Europa eine Veränderung mit einer Geschwindigkeit und einem Ausmaß, die ich noch nie gesehen habe. Für die Briten war die EU schon immer eine Wahlverwandt-



Quelle: OLI SCARF/AFP/Getty Images

Großbritannien und Kontinentaleuropa – das Verhältnis war schon immer ein spezielles.

schaft. Für die Deutschen, insbesondere die jüngere Generation ist es keine Wahl, sondern eine existenzielle Notwendigkeit – ohne die EU gäbe es kein modernes Deutschland. Die kontinentaleuropäischen Staaten brauchen die EU als großes Ganzes, das sie zusammenhält.

Die wirkliche Auseinandersetzung in Großbritannien gilt jedoch derzeit eigentlich nicht der EU in dem Sinne, dass sich die Briten mit den Voraussetzungen einer möglichen Zustimmung zum Verbleib auseinandersetzen. Was die Briten bewegt, ist die „Britische Union“. Die ganze Abstimmung wurde nur aus par-

teipolitischen Gründen hervorgebracht, weil David Cameron seine Partei zusammenhalten muss. Ein erheblicher Teil der Reaktion der Labour Partei darauf ist ebenfalls parteipolitisch. Das größte Problem für Großbritannien bei einem „Nein“ sind die Schotten. Das Verhältnis zu diesen ist für das Vereinigte Königreich viel schwieriger und existenzieller. Bei einem „Nein“ wäre ein zweites Unabhängigkeitsreferendum in Schottland nahezu nicht aufzuhalten, was ein wirkliches Problem wäre. Wie dies dann im Detail aussehen würde, wage ich nicht



Die kontinentaleuropäischen Staaten **BRAUCHEN** die EU als großes Ganzes, das sie zusammenhält.

zu prognostizieren. Aber derzeit wissen wir ja nicht einmal genau, wann die Abstimmung sein wird. Durch die Ereignisse in Kontinentaleuropa und Überlegungen dazu, ob Deutschland oder Österreich Grenzen schließen sollen, wenn auch nur teilweise, kann der Ausgang dieser Befragung überhaupt nicht mehr vorhergesagt werden.

Politische Studien: Wie steht Großbritannien zu den Flüchtlingsströmen?

Gisela Stuart: Was Deutschland als Flüchtlingsströme ansieht, ist für Großbritannien der Normalzustand. Ich vertere die Stadt Birmingham mit 1,1 Millionen Einwohnern, in der 285.000 Menschen leben, die nicht im Vereinigten Königreich geboren sind. Die Hälfte davon haben wir allein in den letzten zehn Jahren aufgenommen. Wenn ich mich hingegen in meiner Heimat Lands-hut umschaue, dann herrscht dort eine ganz andere Vorstellung von „multi cultural“. Etwas überspitzt ausgedrückt sind dafür bereits ein paar Familien aus Indien ausreichend. Aus diesem Grund ist es sehr schwer, hier Vergleiche zu ziehen und ein gemeinsames Verständnis aufzubauen. Außerdem hat Großbritannien als Nation das „Flüchtling-Sein“ im ehemals eigenen Land als eine Kriegsfolgeerfahrung nicht miterlebt wie die Deutschen. Die Ausgangsbasis für Diskussionen zwischen Deutschland und

Großbritannien ist deshalb sehr unterschiedlich.

Politische Studien: Die Rechtsfrage, ob ein Mitgliedstaat aus der Union überhaupt austreten darf, ist relativ leicht beantwortet: Gemäß Art. 50 Abs. 1 EUV (Vertrag über die Europäische Union) kann jeder Mitgliedstaat im Einklang mit seinen verfassungsrechtlichen Vorschriften beschließen, aus der Union auszutreten und einen entsprechenden Antrag stellen.* Die Frage, die dem Volk am Referendumstag gestellt wird, wird wohl folgende sein: „Should the United Kingdom remain a member of the European Union or leave the European Union?“ Abstimmungsbe-rechtigt sind alle Personen, die zum Zeitpunkt der Abhaltung des Referendums für eine der parlamentarischen Körperschaften im Vereinigten Königreich wahlbe-rechtigt wären. Erwarten Sie, dass es im Falle eines „Nein“ als Ergebnis zu Schwierigkeiten zwischen der Europäischen Union und Großbritannien kommt?

Gisela Stuart: Ich habe damals diese Klausel verhandelt, die die britische Regierung zwar nicht wollte, aber ich bin Vertreterin des Parlaments und nicht der Regierung. Es ging darum, dass die Möglichkeit eröffnet werden muss, austreten zu können. Im Moment ist Europa schwach und die Briten sind stärker. Das hat immer Einfluss auf die Verhandlungsposition. Aber nach der Klausel steht fest, dass der Verhandlungszeitraum mit dem Zeitpunkt der Antragsstellung zunächst zwei Jahre andauert. Ich halte es durch-



Was Deutschland als Flüchtlingsströme ansieht, ist für Großbritannien der **NORMALZUSTAND**.



Großbritannien ist zwar geographisch ein Teil Europas, aber von der Denkweise her ist man NICHT europäisch.

aus für möglich, dass im Laufe der Verhandlungen Schwierigkeiten und Uneinigkeiten auftreten, insbesondere hinsichtlich der praktischen Umsetzung und der Ausgestaltung eines Abkommens zwischen Großbritannien und Europa.

Politische Studien: Zur Stellung Großbritanniens innerhalb Europas brachte es Winston Churchill schon 1930 in einem berühmten Magazin-Aufsatz so auf den Punkt: „Wir sind mit Europa, aber nicht von ihm. Wir sind verflochten, aber nicht eingebunden. Interessiert und verbunden, aber nicht absorbiert.“ Wie sehen Sie das Verhältnis Großbritanniens zur EU?

Gisela Stuart: Ich habe vor ein paar Monaten einen Vortrag gehalten und dafür zuvor mein bayerisches Erdkundebuch von 1963 aufgeschlagen. In diesem habe ich nachgelesen, was dort über die Britischen Inseln steht. Es hieß, Großbritannien sei zweifelsohne europäisch, da es Teil des europäischen Kontinentalsockels ist. Geographisch ist das durchaus richtig. Aber in ihrer eigenen Betrachtung haben sich die Briten schon immer als eine Brücke gesehen. Man ist zwar geographisch ein Teil Europas, aber von der Denkweise her ist man nicht europäisch.

In Birmingham gibt es viele Schulkinder, die schon in Pakistan oder Indien waren, aber noch nie in Paris oder München. Man hat hier einen anderen Blick auf die Welt. Vor ein paar Monaten hatte ich eine Unterhaltung mit Marcus Kerber, dem Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI). Ich fragte ihn: „Was ist es, was die Briten können und was Deutschland nicht kann?“ Und er sagte, die Briten könnten auf eine Art

und Weise mit dem Rest der Welt sprechen, wie es die Deutschen nicht können. Das geht auf die Grundeinstellung des Empires zurück. Es besteht eine natürliche Verbindung zu den „english speaking people“, die einen Großteil der Weltbevölkerung ausmachen. Den Briten gehört die ganze Welt und man verhandelt mit der ganzen Welt. Man ist echter Weltbürger und Europa ist Teil der Welt. Dies drückt sich auch darin aus, dass Großbritannien Mitglied von mehr internationalen Organisationen ist als irgendein anderes Land. Unter anderem auch dem Commonwealth, P5 (permanente fünf Mitglieder der NATO) und der EU. Die Menschen, die aus dem Commonwealth kommen, dürfen bei uns wählen, genauso wie die Iren. Das zeigt bereits die historisch gewachsene unterschiedliche Stellung Großbritanniens zu seinen Bündnissen.

Politische Studien: Nicht nur in Großbritannien, auch in Deutschland wird intensiv über den Sozialmissbrauch der Freizügigkeit diskutiert. Europa garantiert die Freiheit, sich in der EU frei bewegen zu können. Das ist ein wichtiges Prinzip. Die Freizügigkeit als solche darf nicht in Frage gestellt werden. Können Sie sich hier einen Kompromiss vorstellen? Cameron will Brüssel reformieren. Welche weiteren Reformen wären nötig, um auch Befürworter des Austritts wie Sie zum Umdenken zu bewegen?

Gisela Stuart: In der Denkweise der britischen Bürger und Regierungsminister

ist das Recht, in Großbritannien zu leben, immer noch unabdingbar mit der Arbeit verknüpft. Sie sehen das Recht auf freie grenzüberschreitende Bewegung als eine Freiheit der Arbeiter und nicht der Bürger an. Ich glaube, das wollen sie wieder zurückerlangen. Deshalb wollen die Briten die Freizügigkeit auf dem europäischen Arbeitsmarkt und das Niederlassungsrecht, nicht aber das freie Aufenthaltsrecht. Als ich hierher kam, konnte ich die ersten fünf Jahre nur bleiben, weil ich arbeitete. Der Aufenthalt wird daran geknüpft, dass jemand arbeitet und das ist es, was sich die meisten Briten erhoffen. Ich bin mir allerdings nicht sicher, ob Cameron diese Verhandlungsposition erreichen wird. Und wenn es zu einem Kompromiss kommt, bin ich gespannt, wie er diesen verkauft.

Politische Studien: Haben Sie als Befürworterin eines Austritts aus der EU gar keine Angst vor den unvorhersehbaren Folgen? Namhafte Ökonomen sagen im Falle eines „Brexit“ tiefgreifende Probleme für die britische Wirtschaft voraus. Schon heute gibt es erste kleinere Auswirkungen auf die Volkswirtschaft – nur weil es Spekulationen um einen „Brexit“ gibt. Unternehmen denken laut darüber nach, ihren Firmensitz zu verlagern. Wenn sie dies in die Tat umsetzen, würde Großbritannien Jobs und Steuereinnahmen in bedrohlichem Maße verlieren. Ist es die-

ses Risiko wert, Europa reformieren zu wollen?

Gisela Stuart: Es stimmt nicht ganz, dass ich den Austritt befürworte. Ich sehe es eher andersherum. Die EU hat uns schon längst verlassen. Wir stehen quasi draußen vor der Tür, was hauptsächlich mit der Einheitswährung zu tun hat, deren Teil wir nicht sind. Mitglieder der Währungsunion brauchen automatisch eine tiefere politische Integration. Für mich aber ist das Wichtigste was Cameron verhandeln muss und das Entscheidendste, wie sich die Architektur der EU im Stimmenprozess entwickelt. Länder, die nicht im Euro sind, müssen genau so wichtig sein wie alle anderen. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, wenn morgen die Abstimmung wäre, wüsste ich nicht, wie ich abstimmen sollte. Die ganzen Firmen, die verlauten lassen, bei einem Austritt Großbritanniens nicht mehr zu investieren und abzuwandern, haben hiermit bereits 1998 gedroht, als der Euro kam. Und obwohl Großbritannien nicht dem Euro beigetreten ist, sind sie immer noch hier. Deshalb nimmt das auch niemand Ernst.

Politische Studien: Gehen wir einen Schritt aus der EU hinaus und schauen auf die transatlantischen Beziehungen. Obama hat Großbritannien den Verbleib in der EU dringend ans Herz gelegt. Es sei das für Amerika wichtigste transatlantische Bindeglied in der Europäischen Union. „Mit Großbritannien in der EU haben wir ein viel größeres Vertrauen in die Stärke der transatlantischen



Wenn morgen die Abstimmung wäre, wüsste ich nicht, **WIE** ich abstimmen sollte.



Die EU ohne Großbritannien wäre weniger wichtig für die USA.

Union“, sagt er. Sehen Sie das Verhältnis zu den USA durch einen Austritt nicht gefährdet? Und wie steht es grundsätzlich mit Großbritanniens Solidarität zur EU?

Gisela Stuart: Die Frage geht auf die berühmte Frage Henry Kissingers, „Wenn ich Europa anrufen will, welche Nummer wähle ich?“, zurück. Die Amerikaner wollen einen Verhandlungspartner, der nur eine Nummer hat, der stark und auf ihrer Seite ist. Das ist in Europa nach wie vor das Vereinigte Königreich. Wirklich wichtig ist den USA die NATO und deshalb würden sie sich sehr freuen, wenn die Europäische Union mehr militärische Verantwortung übernehmen würde, auf die sie sich auch verlassen können. Meiner Ansicht nach würde die EU ohne Großbritannien weniger wichtig für die USA.

Um auf Ihre zweite Frage zu kommen: Großbritannien hat kein Solidaritätsgefühl zur EU. Dies ist historisch erklärbar. Die einzigen Länder, die echte Solidarität haben müssen, sind Deutschland und Frankreich. Die anderen waren schon immer Zuschauer. Großbritanniens Außenpolitik hat in den letzten 500 Jahren immer darauf gezielt, dass auf dem europäischen Kontinent nicht eine Macht entsteht, die dominiert. Sie wollten aber auch nicht Teil dieser Macht sein und waren nie daran interessiert, Europa zu dominieren. Die Briten schauen nicht auf den Kontinent. Sie fühlen sich solidarisch mit den Ländern des Commonwealth. Ich persönlich kann zwar intellektuell die Verbindung der Briten zu Indien verstehen. Wenn ich aber das Verhältnis zu Prag anschau, habe ich aus meiner eigenen Geschichte dazu sowohl ein intellektuelles als auch ein emotionales Verhältnis. Den Briten fehlt ganz ein-

fach diese Geschichte mit den Europäischen Ländern. Diese haben sie nur in Bezug auf den Commonwealth.

Politische Studien: Frau Stuart, wir danken Ihnen für das Gespräch.

Die Fragen stellte Kea-Sophie Stieber, Referentin für Europäische Integration, Europa- und Völkerrecht, Bürgerrechte und Verfassungsstaat der Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung, München. ///



/// GISELA STUART MP

ist Juristin und Abgeordnete des Britischen Unterhauses für die Labour Partei des Wahlkreises Birmingham Edgbaston.

Anmerkung

* Art. 50 Abs. 2 EUV sieht für den Austritt ein konkretes Verfahren vor: Ein Mitgliedstaat, der beschließt auszutreten, teilt dem Europäischen Rat seine Absicht mit. Im Falle des Vereinigten Königreichs könnte dies wohl erst nach einer den Austritt behandelnden Volksabstimmung erfolgen. Auf der Grundlage der Leitlinien des Europäischen Rates handelt die Union mit diesem Staat ein Abkommen über die Einzelheiten des Austritts aus. Dabei wird der Rahmen für die künftigen Beziehungen dieses Staates zur Union berücksichtigt. Das Abkommen wird vom Rat im Namen der Union geschlossen. Der Rat beschließt mit qualifizierter Mehrheit nach Zustimmung des Europäischen Parlaments.